Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundſchau

Zur Chronik.

I. *Zur Abrüſtungs- und Friedensbewegung. Die Rüſtungsinduſtrie* hat natürlich glänzende Zeiten, ſpendet mit völliger „Neutralität" ihre Gaben nach allen Himmelsrichtungen. Die Vereinigten Staaten z. B. ſchicken Japan neben vielem andern auch Schießbaumwolle, ſo viel es will. In der Schweiz wurden fieberhaft für die perſiſche Kavallerie Sättel etc. hergeſtellt. In Bern ſeien Baracken errichtet mit montierten Drehbänken für die Herſtellung von Bomben. Die Metallwerke Dornach lieferten Maſchinengewehrbeſtandteile für Jugoſlavien und ſo fort.

Die *Hirtenberger Waffenſchiebung* hat wegen ihrer engern Verbindung mit der *Waffenfabrik Solothurn* (die ihrerſeits vor allem im Dienſte der *deutſchen* Aufrüſtung ſteht) auch für die *Schweiz* eine beträchtliche Bedeutung. Aber vor ſolchen Fällen drückt der Neutralitätsfanatismus des Volkes der Hirten ſchlau die Augen zu. Daß in der Leitung dieſer Waffenfabrik, die dem Ausland dient und Krieg erzeugt, auch der Alt-Regierungsrat und Oberſtbrigadier der ſchweizeriſchen Armee Obrecht ſitzt, iſt ja auch intereſſant.

Der *Hooverſche Vorſchlag* eines Verbotes der Waffen- und Munitionslieferungen an Kriegführende iſt ſehr gezähmt worden.[1]) Auch in *Frankreich* iſt eine „Studienkommiſſion" für dieſe Frage eingeſetzt. Die *St. Galler Freiſinnigen* fordern (auf Anregung der Jungfreiſinnigen) ebenfalls zu Maßregeln gegen die Rüſtungsinduſtrie auf.

Der ſchweizeriſche Bundesrat errichtet dagegen eine *ſtändige Studienſtelle für Gasſchutzfragen* als Glied der kriegstechniſchen Abteilung des Generalſtabes. Aber der Gasſchutz ſelber ſoll, einmal um das Militärbudget zu entlaſten, ſodann um die Verantwortlichkeit (und auch das Odium) auf dieſen zu ſchieben, den Kantonen und Zivilbehörden zugemutet werden. Die ſchon beſtehende Gasſchutzkommiſſion, der die Studienſtelle untergeordnet wird, hat dann offenbar die Aufgabe, die Kantone und Zivilbehörden zu animieren („beraten"). So will es die Bauernſchlauheit, die jetzt in der Oberdirektion der militäriſchen Angelegenheiten waltet.

Oberſt Wille aber ſchlägt vor, daß die *Rekrutenſchule* auf etwa 90 Tage verlängert werde.

Die Zeitſchrift der Internationalen Kriegsdienſtgegner *„La Revolution Pacifique"*, iſt in Genf (!) mit einem Hauſierverbot belegt worden. Das Bundesgericht hat dieſe Maßregel beſtätigt, weil die Zeitſchrift die Dienſtverweigerung verherrliche und damit „die öffentliche Ordnung" ſtöre. Zeitſchriften, die das Töten, aber auch das Saufen und Huren verherrlichen, dürfen aber in der Völkerbundsſtadt gewiß ohne Anſtand angeboten werden. Die ſtören ja die „öffentliche Ordnung" nicht.

Wegen den bekannten inneren Zwiſtigkeiten hat ſich in Deutſchland neben der „Deutſchen Friedensgeſellſchaft", deren Organ „Das andere Deutſchland" iſt, ein *„Allgemeiner Deutſcher Friedensbund"* gebildet, zu dem „Friedenswarte" und „Deutſche Zukunft" zu halten ſcheinen.

Franzöſiſche Frauen haben viele hunderttauſende von franzöſiſchen Franken geſammelt, um in *Berlin hungernde Kinder* zu ſpeiſen. Das wird der deutſchen Oeffentlichkeit von den meiſten Zeitungen nicht geſagt. Wie vieles andere auch nicht.

Hellmut von Gerlach hat für einen in der Schweiz zu haltenden Vortrag über das Thema „Deutſchland und der Völkerbund" keine Ausreiſeerlaubnis bekommen. Das wird der Sache Deutſchlands in der Schweiz ohne Zweifel ſehr nützen!

---

[1]) Es ſoll bloß auf Südamerika Anwendung finden.

II. *Wirtſchaftsleben und Sozialismus.* In *Aſturien* (Spanien) ſtreiken 30 000 Bergleute.

Dänemark hat, beſonders mit Rückſicht auf die Wertverminderung des engliſchen Pfundes und die Not und Verſchuldung ſeiner Landwirtſchaft, ſeine Krone um einen Drittel (wenn ich nicht irre) entwertet. Die Ausſperrung von 125 000 Arbeitern, die ſich gegen eine Lohnſenkung um 20 Prozent wehren, iſt durch ein Abkommen verhindert worden.

In *England* hat im Laufe eines Jahres die Zahl der *Arbeitsloſen* um 400 000 zugenommen, trotz der „nationalen Regierung".

In *Wien* und in *Prag* haben die *Taxi-Chauffeure geſtreikt* wegen der Erhöhung des Benzinzolls, die ihrerſeits die Konkurrenzierung der Bahn durch das Auto erſchweren ſoll und es auch getan hat. Die Chauffeure muß man bedauern, aber ein permanenter Autoſtreik gehörte zu den größten Wohltaten, die der Welt werden könnten.

In der Schweiz geht der Kampf zwiſchen *Bahn* und *Auto* weiter. Wer vorläufig unterliegen wird, iſt wohl nicht fraglich.

In *Oeſterreich* iſt auf Betreibung der katholiſchen Kirche hin für ſechs neue *Feiertage* auch die Arbeitseinſtellung verfügt worden, aber ohne Bezahlung der Arbeiter! Vgl. Markus 8, 7—13!

In *Irland* hat ein erfolgreicher *Eiſenbahnerſtreik* ſtattgefunden.

Die *Vereinigung ſchweizeriſcher Poſtbeamter* iſt mit 2044 gegen 1029 Stimmen dem Allgemeinen ſchweizeriſchen Gewerkſchaftsbund beigetreten. So iſt's recht! Große Ueberraſchung bei den bürgerlichen Parteien. Aber ein Symptom!

Die *zweite Internationale* hat die Aufnahme einer maskiert-faſchiſtiſchen *japaniſchen Arbeiterorganiſation* (auch das gibt es dort!) abgelehnt. Von einer in Paris ſtattfindenden Verhandlung („Union Prolétarienne") iſt eine Aufforderung an die Zweite und die Dritte Internationale ergangen, ſich zu einer ſozialiſtiſchen *„Einheitsfront"* zuſammenzuſchließen. — Aus der Tſchechoſlovakei ſtammt der Vorſchlag, daß die beiden ſozialiſtiſchen Parteien wenigſtens einen „Nichtangriffspakt" abſchließen ſollten.

Fritz Bruppacher ſoll nun endlich aus der kommuniſtiſchen Partei ausgeſchloſſen werden. Er hat in einer Vorrede zu Bakunins „Beichte" einige Sprüche getan, die viel Wahrheit enthalten und ſicher viel mehr Bruppachers eigentlicher Meinung entſprechen, als das kommuniſtiſche Exerzierreglement. Aber es war immer eine Unwahrheit, daß dieſer Anarchiſt (und Nihiliſt) zu den Bolſchewiſten ging. *Humbert Droz* iſt ſchon vorher wenigſtens von der *Leitung* der kommuniſtiſchen Partei der Schweiz entfernt worden und auch Dr. *Welti* in Baſel ſei bedroht.

III. *Schweizeriſches.* Eine arge Schande für die Schweiz (man muß ſagen: wieder eine!) iſt die Ausweiſung des italieniſchen Rechtsanwaltes und Faſchiſtengegners *Arnolfo Pacciardi* aus dem Teſſin.. Seine ganze „Schuld" beſteht darin, daß er — Demokrat iſt und den Faſchismus bekämpft. Das iſt ja auf Schweizerboden ſchon eine Naivität und ein Anachronismus, für die am wenigſten unſere Bundesväter Verſtändnis haben. Auch forderte Muſſolini die Ausweiſung, und das iſt für den Bundesrat Gebot. Die Ausweiſung einiger ganz üblen faſchiſtiſchen Spitzel, die bei Pacciardi abgefahren waren, forderte ſchon dieſe Sühne. Vergeblich war das Eintreten faſt der ganzen Teſſiner Bevölkerung aller Parteien für Pacciardi. So hütet der Bundesrat die Unabhängigkeit und das Lebensrecht der Schweiz. Er bekämpft die Bekämpfer des Faſchismus, alſo die Vorkämpfer der Demokratie, in dem Augenblick, wo der Teſſin durch den Faſchismus von außen und innen her gefährdet iſt. Aber was macht das und anderes derart? Wir haben ja zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Schweiz die Armee, Minger, die Oberſten und die Korporäle!

Die große Zürichſeegemeinde *Richterswil* laſſen die Lorbeeren Genfs nicht

ſchlafen. Sie hat die *Kommuniſten* von Gemeindeſtellen und auch vom Bezug von Arbeitsloſenunterſtützung (wenn ich nicht irre) ausgeſchloſſen.

In *Genf* iſt der ſozialdemokratiſche Lehrer *Ehrler* abgeſetzt worden, weil er der „Vereinigung der Freunde Rußlands" angehört. Frédéric Martin aber, der Mann des 9. November, ſoll an Stelle des Sozialdemokraten Bürklin Ständerat werden. Lehrer *Wyß* in Derendingen wird wegen Kommunismus und Antimilitarismus abgeſetzt. Die *Diskontbank* in Genf (ein Schützling Muſys) wird neuerdings mit vielen Millionen „geſtützt".

Dagegen ſind in *Zürich* und *Baſel* bei heftigen *Abſtimmungen* die Bürgerlichen unterlegen. In *Neuchâtel* iſt eine Lohnſenkung bei den Angeſtellten abgelehnt worden. Die Initiative für eine ſchweizeriſche *Kriſenſteuer* hat mehr Unterſchriften bekommen, als je eine (die letzte Zahl iſt 225 000) und das Referendum gegen den „Lohnabbau" ähnlich. Ganze Gemeinden, auch Bauerngemeinden, unterſchreiben faſt vollzählig. (Auch Prof. Laur iſt gegen den Lohnabbau, im Gegenſatz zu andern Bauernführern.) Gegen die Verteuerung von Tabak, Tee, Kaffee, Zucker iſt auch eine ſtarke Bewegung im Gange. Alles Symptome!

Für den Schutz der notleidenden *Bauern* iſt eine neue Aktion unternommen worden, die Kredithilfe ſchaffen und Sanierungen vornehmen ſoll.

Der *Kanton Zürich* ſetzt 10 Millionen für *Kriſenhilfe* aus. Sie ſollen weſentlich an Arbeitsbeſchaffung gewendet werden.

Endlich entſchließt man ſich, den *Export nach Rußland* durch Kreditgewährung zu fördern. Zunächſt tun dies Stadt und Kanton Zürich, Frau Helvetia tut noch ſpröde. Sie iſt ja, in *dieſem* Falle, eine Großmacht zur Abwechſlung!

IV. *Kultur und Natur.* In Deutſchland gebe es 140 000 überſchüſſige *Akademiker.*

Präſident Rooſevelt wolle die bekannte Vorkämpferin der Frauenbewegung Miss *Frances Perkins* zum Arbeitsminiſter und Miss *Ruth Owen* zur Geſandtin in Dänemark ernennen.

Die *Mönche von St. Bernhard* gründen eine Niederlaſſung auf dem himmelhohen Paß von *Latſa,* der über den Himalaya von Indien nach Tibet führt. Sie nehmen auch ihre Hunde mit.

In *Rotterdam* hat einer ſich von einem hohen Turme in die Maas geſtürzt, nur um Senſation zu machen. Er iſt mit dem Leben davongekommen. Flugs macht's ihm ein zweiter nach und bezahlt mit dem Tode. Auch ein Zeichen!

Die *Grippe* hat nur in England bis zum 28. Januar 4000 Todesopfer gefordert.

Aus *China* werden wieder furchtbare *Hungersnöte* und *Ueberſchwemmungen* mit Zehntauſenden von Todesopfern gemeldet. Und dieſes unglückliche Volk wird noch von außen her mißhandelt!

V. *Religion und Kirche.* Die Kurie hat das Jahr 1933 zum Anno santo ernannt, weil es das neunzehnhundertſte Todesjahr Chriſti ſei. Heißt das nicht, Chriſtus zu einem großen *Menſchen* machen? Iſt Chriſtus nicht der *Lebendige?* Stirbt und erſteht er nicht *jedes* Jahr? Hat der Vatikan keine Ahnung von ſeinem religiöſen Fehlgriff?

Die *Zürcher Kirche* hat um Weihnachten zu einer Sammlung für die *Arbeitsloſen* aufgefordert.

Der bekannte ungariſche *Pfarrer Hock,* ein Vorkämpfer der Freiheit und eine Art Franziskus, iſt aus der Verbannung zurückgekehrt und hat ſich „reuig" einem Gericht geſtellt, um auf heimatlichem Boden ruhig ſterben zu können.

15. Februar.

Zum Kampf um das Schulgebet. In *Baſel* iſt eine mächtige Erregung entſtanden, weil der Erziehungsrat aus Gründen der konfeſſionellen Neutralität (wie er behauptet) das Schulgebet verboten hat. Man droht mit großen Volksver-

ſammlungen und andern Stürmen. Faſt wird man an die Revolte der Zürcher Bauernſchaft gegen die Wahl von David Friedrich Strauß zum Profeſſor der Theologie an der Zürcher Univerſität erinnert. In Zürich ſelbſt ſpielt übrigens dieſe Sache auch eine große Rolle.

Was iſt davon zu halten?

Ich weiß mich völlig frei von aller Sympathie für die Beſtrebungen eines oft ſozialiſtiſch maskierten Freidenkertums, die Schule nach ſeinem Sinne zu geſtalten und ſie wenn möglich zu einer Art Staatskirche des Freidenkertums oder doch einer gewiſſen „Aufklärung" zu machen. Auch halte ich ein *Verbot* des Schulgebetes ebenfalls für töricht und tyranniſch. Ebenſo glaube ich ein wenig zu wiſſen, was das Gebet bedeutet. Aber gerade darum: Iſt es in der Ordnung, iſt es der Bedeutung des Gebetes angemeſſen, wenn man nun tut, als ob es ſozuſagen in der Macht eines Schuldirektors ſtünde, das Beten zu verhindern? Man ſollte gerade, wenn man etwas von Gott und vom Beten zu wiſſen glaubt, über einen ſolchen Verſuch bloß *lachen*. Das Beten kann man doch ſo wenig verbieten, als die Luft und das Licht! Es könnte ja vielleicht einem Staatsbonzen wirklich einfallen, das Oeffnen der Fenſter und Fenſterläden zu verbieten, aber Luft und Licht könnte er doch wohl nicht verbieten. Und ſicher würde man über ihn lachen. Wer kann den Eltern verbieten, mit ihren Kindern zu beten? Iſt das aber nicht ungleich mehr wert, als alles Herplappern von ſtereotypen Schulgebetsformeln? Und wer kann der Gemeinde Chriſti verbieten, daß das Gebet für ſie iſt, wie die Atmoſphäre, worin ſie lebt und atmet, wie eine unendliche, blühende und quellende Welt? Was iſt damit verglichen das Verbot eines Erziehungsrates? Wozu die Aufregung?

Aber da liegt eben der Haſe im Pfeffer: Dieſe Angſt um das Gebet, dieſe Aufregung über das Verbot des Schulgebetes, ſollte ſie nicht gerade auch davon kommen, daß das Gebet dieſe Rolle, die es in der Gemeinde ſpielen ſollte, eben *nicht* ſpielt und daß daher wie in manchem andern die Schule erſetzen ſollte, was das Elternhaus leiſten müßte, aber nicht leiſtet? Es iſt zehn gegen eins zu wetten, daß gerade viele ſolche Eltern ſich am meiſten gegen das Verbot ereifern, die ſelber nicht beten und auch mit den Kindern nicht beten. Sie ſpüren: gebetet werden ſollte ſchon; das Gebet iſt für ſie etwas wie ein opus operatum, ein frommes Werk, das ganz zu unterlaſſen nicht rätlich wäre, aber ſie ſelbſt freilich wollen ſich nicht damit belaſten und darum werden ſie umſo böſer, wenn die dafür Angeſtellten und Bezahlten es nicht tun wollen. Das ſcheint mir, iſt der Sachverhalt, vor den wir geſtellt ſind, *ihn* müßten die, welchen dieſe Frage nicht eine Angelegenheit der Politik und der Kirchenmacht iſt, ins Auge ſehen. A propos Politik: der Umſtand, daß der Baſler Erziehungsdirektor ein Sozialdemokrat iſt, ſpielt bei dieſer heiligen Empörung auch eine Rolle. Bei *ſolcher* Art der Behandlung des Heiligen miſcht ſich dergleichen immer ein.

Seien wir gerecht: Es mag bei der Erregung gegen jenes, wie geſagt auch von mir mißbilligte Verbot neben der ſehr berechtigten Auflehnung gegen die Schuldiktatur auch ein anderes Element mitſpielen: eine gewiſſe Ehrfurcht vor Einrichtungen, die mit einer Art Heiligkeit umgeben ſind. Das volkstümliche Empfinden verwechſelt oft ſolche *Formen* des Heiligen mit dem Heiligen ſelbſt. Aber ein *Irrtum* iſt es doch. Iſt denn dieſes Schulgebet etwas, das viel dazu beigetragen hat, Kinderſeelen mit *Gott* zu verbinden? Zeigt nicht reiche Erfahrung, daß eher das Gegenteil der Fall iſt? Hat es zum *Gebet* hingeführt und nicht vielmehr eher von ihm abgeführt? Bedeutet es vielleicht nicht einen *Vorteil* für das Gebet, wenn es nicht mehr Beſtandteil des Schulapparates iſt? Und iſt es überhaupt weiſe, heute noch von der üblichen Schule zu erwarten, daß ſie auch eine Verwalterin *dieſes* Heiligtums ſei? Sollte man dafür nicht *andere* Gefäße ſuchen?

Das iſt gar ſehr meine Meinung. Darum halte ich dieſen Kampf gegen das Verbot des Schulgebetes zwar für pſychologiſch begreiflich und politiſch berech-

tigt, *aber für religiös ganz verfehlt.* Der Kampf müßte auf einem ganz andern Boden geführt werden. Aber unſere Frommen führen ihren Kampf für Gott immer auf dem falſchen Boden und erliegen darum auch immer — mit Recht!

Der 9. November. Nun iſt der Bericht des Militärdepartements über den Abend des 9. November in Genf erſchienen. Einen „Bericht" kann man das Dokument zwar kaum nennen, denn es iſt eine Parteiſchrift, darauf berechnet, um jeden Preis das Verhalten des Militärs, der Genfer Regierung und des Bundesrates, beſonders des Militärdepartementes, zu rechtfertigen.

Damit iſt im Grunde ſo ziemlich alles geſagt, was über Wert und Bedeutung dieſes Schriftſtückes geſagt werden kann. Es iſt das Produkt eines Juſtizſkandals, der dieſen Charakter nicht damit verliert, daß er ſich auf das formelle Recht berufen darf. Denn es iſt der Bericht eines *Angeklagten,* der in eigener Sache eine Unterſuchung geführt hat. Das Militär, wie der Regierungsrat von Genf und zuletzt auch das Militärdepartement *ſind* in dieſer Sache Angeklagte. Nicht ſie allein, auch die Manifeſtanten, beſonders ihre Führer, aber ſie *auch* und ſie in *erſter Linie.* Denn die dreizehn Toten und ſiebzig Verletzten kommen zunächſt einmal auf *ihr* Schuldkonto. Das iſt eigentlich ſo klar, daß nur willentliches Nichtſehenwollen anders urteilen kann. *Möglich* wäre natürlich gleichwohl, daß auch ein Richter in eigener Sache gerecht und unparteiiſch wäre, aber unter den heutigen Verhältniſſen und den obwaltenden Umſtänden wäre das wirklich ein Wunder.

Das Wunder iſt *nicht* eingetreten. Denn dieſer Bericht trägt die kraſſeſten Merkmale der *Parteilichkeit* an ſich. Der Unterſuchungsrichter hat ganz offenbar — wenigſtens wenn Minger ihn nicht einſeitig zitiert, was doch nicht anzunehmen iſt — nur Zeugen verhört, von denen er von vornherein ſicher war, daß ſie das ſagen würden, was er gern hören wollte. Sie ſagen ſozuſagen alle eine *Formel* her, und dieſe Formel macht den Eindruck einer *Suggeſtion.* Daß beſonders die Soldaten ſelbſt befragt wurden, denen natürlich am nächſten lag, ihr Verhalten zu rechtfertigen, gehört zu dieſem ganzen modus procedendi.[1]) Aber Zeugniſſe *anders* denkender Soldaten, wie ich ſie kenne, würde man in dieſem Berichte freilich umſonſt ſuchen.

Dieſe Parteilichkeit iſt alſo offenbar. Es kann doch kein Menſch, der das Denken noch nicht ganz verlernt hat, annehmen, daß unter den tauſenden von Manifeſtanten keine *andern* Zeugen zu finden geweſen ſeien. Wäre das der Fall, dann ergäbe ſich übrigens die Paradoxie, daß alle Manifeſtanten — auf der Seite der Soldaten und des Staatsrates geſtanden hätten, womit ſich dann aber der ganze Bericht ſelbſt aufhöbe. Alſo iſt klar: man hat nur die *eine* Seite gehört. Wie ſehr das der Fall iſt, beweiſt zum Ueberfluß noch ein mir bekannter beſonderer Umſtand. Ein großer Teil derjenigen Zeugniſſe, welche die Liga für die Menſchenrechte geſammelt hat, und von denen ich in meinen Artikeln geredet habe, iſt vom Unterſuchungsrichter beſchlagnahmt worden. Er hat ſie alſo gekannt, hat ſie aber unterſchlagen — es ſei denn, daß Minger Letzteres getan hätte.

Damit iſt das Urteil über das Dokument gefällt. Aber es kann noch verſtärkt werden. Dieſes Dokument iſt auch ſonſt kläglich. Es iſt nur ein matter Abklatſch des im erſten Augenblick zu Zwecken der Selbſtverteidigung vom Genfer Staatsrat verfaßten Berichtes. Kritiklos wiederholt es all jene Ausſagen der erſten Stunde der Aufregung und Täuſchung: das von den Schüſſen, den Pflaſterſteinen, der beſonderen Organiſation der Entwaffnung der Soldaten, alſo Dinge, die zum Teil an ſich lächerlich unglaubhaft, zum Teil längſt widerlegt, jedenfalls völlig unbewieſen ſind. Die Beweiskraft dieſer Behauptungen wird durch die ſtets wiederkehrende Formel illuſtriert: „Ich hatte den Eindruck." Um „Eindrücke" kann es ſich in einer ſolchen Sache wahrhaftig nicht handeln.

---

[1]) Es iſt unwiderſprochen behauptet worden, daß auch Einſchüchterung angewendet worden ſei.

Am wenigſten gelungen iſt abermals die Hauptſache: der Beweis für die *Notwendigkeit des Schießens.* Es bleibt bei allgemeinen Redensarten. Mit Müh und Not werden ein paar ſchwerere Steine aufgetrieben, mit denen die Soldaten beworfen worden ſeien. Gegen die Forderung, man hätte es doch zuerſt mit blinden Schüſſen verſuchen und allfällig mit dem Bajonett vorgehen ſollen, werden Argumente vorgebracht, von denen man ſich ſchon wundern muß, daß man den Mut hat, ſie überhaupt dem Schweizervolk aufzutiſchen. Man habe keine blinden Patronen mitgeben dürfen, weil ſonſt die Verwechſlung mit ſcharfen zu fürchten geweſen wäre. Alſo ſchießt man grad mit ſcharfen! Schweizeriſche Militärlogik! Oder: man habe geſehen, daß gerade die Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett am leichteſten entwaffnet worden ſeien. Alſo kein Vorgehen mit dem Bajonett. Aber wozu in aller Welt hat man denn das Bajonett? Kann man ſich etwas Ratloſeres denken, als derartige Ausreden? Die Behauptung freilich, die *Warnung* ſei genügend gegeben worden, iſt ſo ausſichtslos, daß ſogar dieſe Ausredekunſt vor der Aufgabe zurückſcheut. Im Nationalrat hat ſich Minger mit gemeinen Späſſen geholfen.

Sollte das Dokument durch dieſe Armſeligkeit unſchädlich werden? Leider dürfen wir das nicht erwarten. Wer gern glauben will, glaubt alles und das Unglaublichſte zuerſt. Schon iſt ein ſeltſames Echo gekommen. *Konrad Falke,* der Dichter und Schriftſteller, der ſich von Zeit zu Zeit berufen fühlt, aus ſeiner Aeſthetenklauſe mit politiſchen „Verlautbarungen" vor das Schweizervolk zu treten, hat in der „Neuen Zürcher Zeitung" unter dem Titel: „Die Ehre der Armee — die Ehre des Volkes" einen lauten Fanfarenſtoß getan, der ſich durch die Schweizerpreſſe weiterpflanzen wird. Dieſer Literat, der offenbar von der ganzen Sache nichts Rechtes gewußt hat und dem nun der bundesrätliche Bericht ohne weiteres die Wahrheit bedeutet, iſt gewiß typiſch für viele. Das Dokument wird als Hetzſchrift wirken und mächtig dazu beitragen, jene Bürgerkriegsſtimmung zu ſchaffen, die heute ſchon ſchwelt und droht. Und das betrachtet der Bundesrat für ſeine Aufgabe!

Wir werden Mittel ſuchen, dieſer furchtbaren Gefahr durch die Verbreitung der *Wahrheit* zu begegnen. Brauche ich den Leſern der „Neuen Wege" nochmals zu ſagen, daß zu dieſer Wahrheit *auch* die Schuld der Manifeſtanten, die Schuld Nicoles und einer gewiſſen ſozialdemokratiſchen Art gehört und daß wir auch vieles an dem Vorgehen der Manifeſtanten mißbilligen? Es iſt ja ſelbſtverſtändlich, daß wir das tun. Aber über dieſer Schuld darf die andere, in jeder Beziehung größere, nicht verkannt werden. *Wir fordern ein unparteiiſches Gericht, nicht mehr und nicht weniger.* Die alten Bündner haben in Zeiten, wo die Behörden beſonders gegenüber großen Schuldigen verſagten, *freie Volksgerichte* zuſammengerufen, welche die Stimme der Wahrheit zur Geltung bringen ſollten. Sie waren Demokraten. Freilich waren dieſe Volksgerichte auch oft von wilder Leidenſchaft erfüllt und repräſentierten nur die *andere* Partei. Aber das Grundgefühl war richtig: wenn ſchwerſtes Unrecht offiziell gebilligt oder ſogar verübt wird, dann muß das Volk aufſtehen und für das Recht ſorgen. *Wir fordern Wiederaufnahme der Unterſuchung* und dann Rechtſprechung durch ein unparteiiſches Gericht. *Seinem* Urteil werden wir uns beugen.

Von der Gemeinde der Hingegangenen. Ueber Pfarrer *Paul Martig* redet ein beſonderer Beitrag. Ueberraſchend früh — im Alter von zweiundſechzig Jahren —, ſcheinbar aus der Fülle von Kraft und Lebendigkeit, wie die meiſten ſie an ihm allein kannten, trotzdem ſchon jahrelang der Wurm an den Wurzeln ſeines Lebens nagte, iſt er weggerufen worden. Er war ein aufrechter, tapferer, lauterer und treuer Mann, einer der beſten Vertreter und Vorkämpfer unſerer Sache auf nicht leichtem Boden. Er war eine Ehre für dieſe Sache. Nach mancherlei Anfechtung früherer Jahre bezeugt dies die Stadt Chur und mit ihr ganz Graubünden durch die hohe Achtung aller und die tiefe Trauer vieler. Er hat in unerſchrockenem und unermüdlichem Kämpfen und Dienen den Stoff ſeines